W-04-096 Zum Besseren. Neues Wachstum für unser Land.

Antragsteller*in: Peter Pütz (KV Bielefeld)

Änderungsantrag zu W-04

Von Zeile 95 bis 102:
Wenn mehr Menschen in guter Arbeit sind und mehr Wertschöpfung entsteht, verbreitert sich auch die Basis, auf der unsere Sicherungssysteme ruhen. ~~Ohne~~Diese dürfen jedoch nicht vom Wachstum abhängen, sonst verschärfen sich ~~der~~bei fehlendem Wachstum Verteilungskämpfe, zwischen Jungen und Alten oder Beschäftigten und Rentner*innen. ~~Wachstum zusammen~~Deshalb wollen wir mit den notwendigen Reformen ~~kann~~ die Renten- und Pflegeversicherung und unser Gesundheitssystem ~~so~~wachstumsunabhängig aufstellen, dass sie auch in dreißig Jahren noch halten, was sie versprechen. Wir stehen dafür ein, ~~dass~~damit die Reformen nicht zu Lasten derer gehen, die jetzt schon die meiste Leistung in diesem Bereich erbringen, bezahlte wie unbezahlte:

Begründung

Der ursprüngliche Antrag baut an verschiedenen Stellen darauf, dass die Wirtschaft insgesamt, also im Sinne des Bruttoinlandsprodukts (BIP), immer weiter wächst, was u. a. aufgrund von Kriegen und Handelskonflikten alles andere als sicher ist (https://www.oecd.org/en/publications/2026/06/oecd-economic-outlook-volume-2026-issue-1_8be0dba6/full-report/germany_7e7e11af.html). Zudem hat sich bisher noch nirgendwo gezeigt, dass sich BIP-Wachstum ausreichend von Ressourcenverbrauch und Treibhausgasemissionen entkoppeln lässt (Parrique, Timothée, et al. "Decoupling debunked." Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. A study edited by the European Environment Bureau EEB 3 (2019).

Der Änderungsantrag befürwortet daher eine Wirtschaftspolitik, die im Sinne des Umweltbundesamts gesellschaftlichen Wohlstand innerhalb planetarer Grenzen unabhängig vom Wirtschaftswachstum anstrebt (https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/1410/publikationen/uba_texte_89_2018_vorsorgeorientierte_postwachstumsposition.pdf).

Konkrete Änderungen werden im Folgenden genauer erklärt:

1. Ursprünglicher Text: "Deshalb ist Wachstum dazu die Voraussetzung dafür, dass die ökologische Transformation gelingt und trägt – für Menschen, Unternehmen und den Planeten."

Wachstum kann Investitionen und ihre Finanzierung tatsächlich erleichtern: Eine wachsende, produktive Wirtschaft verbessert die Steuer- und Bemessungsgrundlage und damit die Tragfähigkeit öffentlicher Schulden. Aus dieser erleichternden Rolle folgt jedoch logisch nicht, dass Wachstum eine notwendige Bedingung der ökologischen Transformation ist. Die Forschung zeigt, dass die Entkopplung von Ressourcenverbrauch und Emissionen unter fortgesetztem Wachstum bislang nicht im nötigen Tempo erreicht wird; Wachstum kann daher nicht als Garant oder Voraussetzung für eine ökologische Transformation angesehen werden, eher das Gegenteil ist der Fall (https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/1410/publikationen/uba_texte_89_2018_vorsorgeorientierte_postwachstumsposition.pdf; Parrique, Timothée, et al. "Decoupling debunked." Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. A study edited by the European Environment Bureau EEB 3 (2019). Es kommt daher darauf an, die bestehende wirtschaftliche Leistungsfähigkeit für die Finanzierung der ökologischen Transformation zu nutzen, statt diese von (unsicherem) dauerhaftem Wirtschaftswachstum abhängig zu

machen. Private Investitionen, Steuereinnahmen (z.B. durch höhere Besteuerung von Erbschaften oder Ressourcenverbrauch) und das Umleiten von staatlichen Ausgaben (z.B. die Streichung von umweltschädlichen Subventionen) können dabei genutzt werden (wie im neuen Text formuliert).

2. Ursprünglicher Text: "Wenn eine Wirtschaft nicht wächst, verschwinden Jobs".

Die Aussage stimmt so nicht (und wurde deshalb gestrichen), die Anzahl an Arbeitsplätzen hängt vielmehr von Produktivität, Arbeitszeit, Nachfrage und Wirtschaftsstruktur ab - und damit auch von konkreter Arbeitsmarktpolitik. Richtig ist aber, dass in jeder wirtschaftlichen Transformation Jobs verschwinden (und neue entstehen) und wir diesen Wandel gestalten müssen (dies ist auch unverändert im neuen Text enthalten).

3. Ursprünglicher Text: "Ohne Wachstum verschärfen sich der Verteilungskämpfe, zwischen Jungen und Alten oder Beschäftigten und Rentner*innen. Wachstum zusammen mit den notwendigen Reformen kann die Renten- und Pflegeversicherung und unser Gesundheitssystem so aufstellen, dass sie auch in dreißig Jahren noch halten, was sie versprechen."

Grundsätzlich ist es richtig, dass sich durch Wirtschaftswachstum auch die Basis verbreitet, auf der unsere Sicherungssysteme wie Kranken- und Rentenversicherung ruhen. Allerdings wird uns Wachstum alleine weder die Verteilungsfragen abnehmen noch alleine diese Systeme zukunftssicher gestalten. Alles, was vom Wachstum abhängig ist, wird dann nicht funktionieren, wenn das Wachstum ausbleibt, was zuletzt häufiger der Fall war und was bei all den weltpolitischen Verwerfungen und ökologischen Problemen, die bisher mit Wirtschaftswachstum einhergingen, auch in Zukunft passieren kann. Deshalb sollte es unser Bestreben sein, die Sicherungssysteme und die Wirtschaft insgesamt wachstumsunabhängig zu gestalten, so wie im Änderungsantrag formuliert und z.B. vom Umweltbundesamt gut beschrieben wurde (https://www.umweltbundesamt.de/system/files/medien/1410/publikationen/uba_texte_89_2018_vorsorgeorientierte_postwachstumsposition.pdf).

weitere Antragsteller*innen

Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Ragna Kirck (KV Köln); Felix Heine (KV Bielefeld); Dennis Baans (KV Steinfurt); Bettina Deutelmoser (KV Stade); Falco Weichselbaum (KV Bonn); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Martin Steinbach (KV Rhein-Sieg); Mika Tiemeier (KV Bielefeld); Kathrin Weber (KV Bielefeld); Aike Jeutes (KV Aachen); Paul-Josef Sieger (KV Ahrweiler); André Flöttmann (KV Bielefeld); Miriam Ertel (KV Bielefeld); Sarah Stockdreher (KV Bielefeld); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Diethardt Stamm (KV Wetterau); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Wolf-Christian Bleek (KV Starnberg); sowie 77 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.